Zeno-Zeitung

Rheder Volkszeitung
Generalanzeiger für Bocholt
Anholter und Isselburger Zeitung.

65. Jahrgang
Postverlagsort: Bocholt.
Postversandort: Dortmund

Bezugspreis: Abgeholt von der Geschäftsstelle 45 Pfg. wöchentlich. Durch Boten ins Haus 2.20 Mk. monatlich, einschließlich 25 Pfg. Botenlohn. Durch die Post einschließlich 42 Pfg. Bestellgeld 2.52 Mk. — Anzeigen-Sammelpreis für sämtliche Zeno-Zeitungen 10 Pfg. bei 22 Millimeter Breite. Anzeigen im Textteil (81 Millimeter Breite) 80 Pfg. je Millimeter. Hauptgeschäftsstelle Bocholt: Realschulstraße 14, Fernsprecher 3054. Annahmestellen für Anzeigen und Ausgabe von Zeitungen: Bocholt, Dinxperloer Straße 55 (L. Florack), Burloer Weg 2 (G. Rötten), Schwanenstraße 2 (B. Unland), Sachsenstraße 69 (H. Nakotte), Tenkingstraße 14 (K. Quirmbach), Gneisenaustraße 85 (H. Querbach), Potsdamstraße 2 (W. Hoves). — Geschäftsstelle Rhede: Deichstraße 28, Fernsprecher Amt Rhede 79.

Volksblatt
für Bocholt und den Kreis Borken

Nummer 270 | Montag, den 30. September 1935 | Jahrgang 1935

Die Folge eines unsinnigen Wahlsystems: Im Memelland muß heute weitergewählt werden!

Zahlreiche Wahlberechtigte konnten bis zum Sonntag abend noch nicht abstimmen. – Undurchführbarkeit des litauischen Wahlgesetzes erwiesen.

Das schwierige Wahlgeschäft.

☐ **Memel**, 29. September.

Infolge des sinnlos umständlichen Wahlsystems, das die litauische Regierung für die Landtagswahl im Memelgebiet ausgearbeitet hatte, um so für viele Wahlberechtigte die Abstimmung unmöglich oder ungültig zu machen, konnten große Wählermassen bis Sonntag abend ihr Wahlrecht nicht ausüben. Nachdem der erste Plan, die Wahlzeit bis Mitternacht zu verlängern, sich als untunlich erwiesen hatte,

hat das litauische Kabinett mit Rücksicht auf die Anwesenheit von Vertretern der Signatarmächte im Memelgebiet in seiner Sonntagssitzung beschlossen, eine Abänderung des Wahlgesetzes dahingehend vorzunehmen, daß die Wahl am Montag von 8 Uhr morgens bis 18 Uhr abends fortgesetzt werde.

In Memel beherrschte das litauische Element unter dem Schutz der litauischen Polizei und litauischer Spitzel in der Nacht zum Sonntag das Straßenbild der Stadt. Morgens um 7 Uhr waren bereits Hunderte von Wählern vor den Wahllokalen erschienen. Am Vormittag fiel in Memel leichter Regen. Trotzdem standen Wähler stundenlang Schlange vor den Wahllokalen.

Der Wahlgang ist sehr schleppend und zeitraubend, und es war unmöglich, daß alle Wähler bei der umständlichen Wahlhandlung ihr Wahlrecht bis 20 Uhr ausüben konnten. Da die Abwicklung des Wahlgeschäfts noch infolge der sehr unpraktischen Anlage des Stimmblockes ungeheuer erschwert wird, wurden in den Wahllokalen in der Stunde durchschnittlich nur etwa 80 Wähler abgefertigt. In den Bezirken, die weit über 1000 Wähler aufweisen, war demnach die Abgabe aller Stimmen in der gesetzlich vorgeschriebenen Wahlzeit von 8 Uhr morgens bis 20 Uhr unmöglich. In dem Wahllokal Trakeden fehlten in den Stimmblocks die Nummern 151 bis 156, darunter fallen auch die Nummern für zwei Kandidaten der memelländischen Einheitsliste.

Der Beschluß, die Wahlhandlung heute fortzusetzen, zu dem sich die Regierung gezwungen sah, ist der letzte Beweis für die Undurchführbarkeit des litauischen Wahlgesetzes. Mit Rücksicht auf die Anwesenheit der Vertreter der Signatarmächte und zahlreicher ausländischer Journalisten will es die einseitig zusammengesetzte Wahlkommission und mit ihr die litauische Regierung anscheinend nicht auf sich nehmen, einem großen Wählerkreis infolge Zeitmangels das Wahlrecht zu nehmen.

Wie die Memelländer ihre Pflicht erfüllen.

Trotz der litauischen Wahlschikanen.

DNB **Memel**, 29. September.

Strahlende Herbstsonne leuchtet über dem Memelland, auf dem am Sonntag die Augen der ganzen Welt liegen. Nach einer ruhigen Nacht sind die Menschen früher aufgestanden, als sie es sonst am Tage der Arbeitsruhe tun mögen, in dem Bewußtsein, daß anstrengende Stunden vor ihnen liegen.

Eine Stunde vor Beginn, um 7 Uhr früh, sieht man vor den Wahllokalen bereits kleine Schlangen anstehen, die von Minute zu Minute wachsen. Als es dann anfängt, zählen die Wartenden schon nach Hunderten und Tausenden. Auf dem Lande haben sich die Wähler noch früher aufgemacht, da die Anmärsche zu den Wahllokalen vielfach zehn bis fünfzehn Kilometer betragen. Die Vertreter der ausländischen Presse, deren Zahl etwa 60 beträgt, besuchen die Wahllokale, um sich ein Bild von dem Wahlbetrieb zu machen. In Memel kommen sie an den Menschenschlangen vorüber in den Wahlraum, der meist überraschend klein ist für die vielen Wahlnischen. In einem Raum wählen zugleich 10, 20, mitunter auch 30 und mehr Wähler. Die Taschenuhren werden gezückt und Stichproben gemacht. Es stellt sich heraus, daß „Rekordleute" es in fünf Minuten schaffen.

Die große Mehrzahl aber braucht erheblich länger. Ein junger Litauer hat es endlich nach 16 Minuten hinter sich. Alte Frauen aber brauchen eine halbe Stunde, eine Stunde und noch mehr Zeit. Dazu kommt die Zeit für die Abfertigung an den Wahltischen.

Mit stiller Verbissenheit erzählen die Memelländer, wie schwierig der Wahlakt ist. Uebereinstimmend hört man Klagen über die mangelhafte Perforierung der Blocks, so daß das Herausholen der Wahlzettel nur mit der Schere möglich ist. Viel schlimmer aber ist das Warten. Stunden um Stunden vergehen, bis die herankommen, die sich pünktlich um 8 Uhr bei Wahlbeginn eingefunden haben. Besonders anstrengend ist es für die ganz Alten, die meist sehr früh zur Stelle sind. Rührend ist es zu sehen, wie Greise und Kranke, Lahme und Blinde zur Wahlurne kommen. Gelähmte werden auf Tragbahren herangetragen. Keiner will fehlen. Alle wollen der Heimat die Treue zeigen. Mit einigem Staunen stellen die Pressevertreter der Westmächte fest, daß es anscheinend nur Wähler der Einheitsliste gibt und auch die wenigen Litauer kommen zu derselben für sie betrüblichen Feststellung.

Von einer Geheimhaltung der Wahl kann man beim besten Willen in diesen engen Räumen nicht reden. Man sieht über die Schultern der Wähler hinweg, wie sie ihre „Gebrauchsanweisung" der Einheitsliste vor sich haben und danach wählen.

Außerdem sind die Pressevertreter erstaunt, kaum ein litauisches Wort zu hören, wenn es nicht gerade aus dem Munde eines Wahlvorstehers kommt. Alle sprechen deutsch und überfallen die Journalisten mit ihren maßlos empört vorgebrachten Klagen über die Schikanen der Wahl. Viele brechen in Tränen aus. Vielfach handeln die litauischen Helfer nicht nach den Wünschen ihrer memelländischen Wähler, stecken zu wenig oder falsche Zettel in die Umschläge. Die Vertreter der Einheitsliste, die der großen Mehrheit zu helfen haben, sind in einer Minderheit, die geradezu grotesk wirkt.

Die wichtigsten Sportereignisse.

Der „Große Masaryk-Preis", das letzte internationale Automobilrennen Europas, brachte der deutschen Industrie einen weiteren Sieg. Bernd Rosemeyer ging in neuer Rekordzeit auf Auto-Union als Erster durchs Ziel.

Der deutsche Fußballmeister Schalke 04, der in einem Spiel gegen den Gau Niederrhein allein den Gau Westfalen vertrat, gewann 4:2. Der Sieg ist um so höher einzuschätzen, als die Niederrhein-Elf gleichzeitig eine National-Elf repräsentierte.

Bei dem großen Sportfest des französischen Leichtathletik-Verbandes in Paris, konnte die deutsche Mannschaft fünf erste und mehrere weitere Preise erringen.

In Warschau gewann Obltn. Brandt beim Internationalen Reitturnier das Kanonenspringen.

Gömbös in Berlin.

Kranzniederlegung am Ehrenmal. – Frühstück im Hause des preußischen Ministerpräsidenten.

Empfang beim Führer.

DNB **Berlin**, 29. September.

Der Führer empfing heute den ungarischen Ministerpräsidenten Gömbös zu einer längeren Besprechung, an der auch Ministerpräsident Göring teilnahm.

Zu Ehren des ungarischen Ministerpräsidenten Gömbös fand am Sonntag eine Reihe von Empfängen und Veranstaltungen statt.

Nach einem Besuch beim Reichskriegsminister Generaloberst von Blomberg begab sich der Ministerpräsident Gömbös mit einigen Herren seiner Begleitung und der ungarischen Gesandtschaft zum Ehrenmal. Hier hatte sich bereits eine nach vielen Tausenden zählende Menschenmenge angesammelt, die sich bei dem strahlenden Sonnenwetter den Anblick des militärischen Schauspiels nicht entgehen lassen wollte. Mit dem Glockenschlag 11 Uhr ertönten die Kommandos. Unter den Klängen des Präsentiermarsches schritt Ministerpräsident Gömbös, begleitet vom Stadtkommandanten von Berlin, Generalmajor von Schaumburg, die Front der Ehrenkompagnie ab. Er betrat sodann das Ehrenmal und, während die Menge ehrfurchtsvoll in tiefem Schweigen verharrte und der vorbeibrausende Großstadtverkehr auf wenige Minuten abgestoppt wurde, ehrte der ungarische Ministerpräsident die gefallenen deutschen Soldaten. Er legte am Ehrenmal einen Kranz mit den ungarischen Nationalfarben Rot-Weiß-Grün und der Aufschrift „Den deutschen Helden — der königlich-ungarische Ministerpräsident" nieder. Nach dem feierlichen Akt der Kranzniederlegung erfolgte der Vorbeimarsch der Ehrenkompagnie. Bei der Abfahrt erwiesen die Tausende dem ungarischen Ministerpräsidenten den Deutschen Gruß.

Nach einem Besuch des Reichsaußenministers Frhrn. von Neurath fand der Empfang des Ministerpräsidenten Gömbös beim Führer und Reichskanzler statt. Auch vor der Reichskanzlei hatte sich bereits seit Stunden eine große Menschenmenge angesammelt, die die Ministerpräsidenten Gömbös und Göring mit Heilrufen begrüßte. Im Vorgarten der Reichskanzlei salutierte die Wache zu Ehren des hohen Gastes unter Trommelwirbel.

Ministerpräsident General Göring gab sodann zu Ehren des ungarischen Ministerpräsidenten in den Räumen seines Hauses ein Frühstück, an dem neben dem ungarischen Gast und den Herren seiner Begleitung, dem ungarischen Geschäftsträger von Bobrik und den Herren der Gesandtschaft auch zahlreiche deutsche Persönlichkeiten mit ihren Damen teilnahmen. Es waren neben Verwandten des Ministerpräsidenten zugegen die Reichsminister Freiherr von Neurath, Generaloberst von Blomberg, Dr. Schacht und Kerrl, ferner Botschafter von Ribbentrop, die Staatssekretäre Milch und Körner, Generalleutnant Beck sowie die Generalmajore Wever und Kesselring.

Der ungarische Ministerpräsident Gömbös auf der Jagd in Ostpreußen.



Der ungarische Ministerpräsident Gömbös weilte als Gast des Ministerpräsidenten General Göring in der Romintener Heide zur Jagd. Unser Bild zeigt die Jagdgesellschaft, von rechts nach links: Ministerpräsident Gömbös, Ministerpräsident General Göring, Staatssekretär Körner und Oberstleutnant Bodenschatz. (Presse-Illustration-Hoffmann-M.)

Wählerlisten in Memel in den Händen der litauischen Polizei.

Erzwungene Ausstellung von Stimmscheinen.

DNB **Memel**, 29. Sept.

Der Magistrat der Stadt Memel hatte die Verteilung von Stimmscheinen an etwa 300 bis 400 Litauer, die nach dem 10. September, also nach Ablauf der Einspruchsfrist, Pässe erhalten hatten, abgelehnt. Daraufhin erschien am Sonnabend nachmittag im Magistrat der Stadt Memel das litauische Mitglied des Direktoriums Dr. Anysas mit mehreren anderen Beamten des Direktoriums und Polizei und zwang die Beamten, den Litauern die Stimmscheine auszustellen.

Am Sonnabend nachmittag erschienen auch in verschiedenen memelländischen Geschäften litauische Studenten und forderten die Entfernung von Plakaten der Einheitsliste aus den Schaufenstern, andernfalls diese sofort zertrümmert würden. Unter dem litauischen Druck sahen sich die Geschäftsinhaber veranlaßt, die Plakate zu entfernen.

Wie zu dem Vorgehen des Direktoriumsmitgliedes Anysas, das am Sonnabend mit einem Aufgebot der litauischen Staatspolizei die Büros des Memeler Magistrats besetzte, noch bekannt wird,

wurden die Beamten und Angestellten des Magistrats gezwungen, ihre Büros, in denen die Wählerlisten bearbeitet wurden, zu verlassen, sodaß die sämtlichen Wählerlisten der Stadt Memel in die alleinige Verfügungsgewalt des Direktoriumsmitgliedes Anysas und der litauischen Staatsschutzpolizei übergegangen sind.

Der litauischen Willkür sind damit alle Wege zur Verstärkung ihrer Wahlgruppe geöffnet.

In Heydekrug gehen Litauer durch die Geschäfte und reißen die dort angebrachten Plakate der memelländischen Einheitsliste ab. Da-

Die memelländische Polizei für den Wahltag ausgeschaltet.

DNB. **Memel**, 29. September.

Der litauische Kriegskommandant des Memelgebietes, Liormonas, hat die Stadtverwaltung angewiesen, die memelländische Polizei am Wahltag zurückzuziehen

Der deutsche Bauer beteiligt sich am 6. Oktober am Erntedanktag auf dem Bückeberg

und den gesamten Ordnungsdienst in der Stadt Memel der litauischen Staatsschutzpolizei und der litauischen Grenzpolizei zu überlassen. Es haben sich also am Wahltage nicht nur alle Wahlbehörden in litauischen Händen befunden, sondern in schroffem Widerspruch zu den Bestimmungen des Status auch die gesamte Polizeigewalt.

Aus dem Gebiet wird gemeldet, daß die litauischen Wahlvorsteher den litauischen Vertrauensleuten bereits am Samstag die Stimmblocks ausgehändigt haben. Dies läuft der Wahlordnung zuwider. In den Orten Wilkieten und Sakuten erhielten die litauischen Vertrauensmänner, unter anderem der Litauer Johann Gebenus, die Stimmscheine für die als Litauer bekannten Wähler, damit diese Wähler sich für die Wahl bereits vorbereiten konnten. Die memelländischen Wähler wurden durch diese Maßnahmen selbstverständlich auf das schwerste benachteiligt.

Unter der litauischen Knute.

Wahlbehinderungen und brutale Angriffe.

DNB **Memel**, 29. September.

Auch nach Einbruch der Dunkelheit sind die Memeler Straßen schwarz von Menschen. Die Empörung über die zahlreichen Uebergriffe während des Wahltages ist außerordentlich groß.

Aus Memel kommen zahlreiche Meldungen, nach denen das Zubringen der Kranken durch Autos der memelländischen Einheitsliste untersagt wurde. Kranke, die mit Autos zum Wahllokal kamen, wurden zurückgewiesen und durften nicht wählen.

Aus Coadjuthen wird gemeldet, daß eine Frau, die ein Kind erwartet, von Polizeibeamten gestoßen wurde und Schläge erhielt, so daß sie nicht wählen konnte und nach Hause zurückkehren mußte. In Palleiten wurde der Vertrauensmann der Einheitsliste im Wahllokal von Polizeibeamten mit der Pistole bedroht. Besonders zahlreich sind die Fälle, in denen gemeldet wird, daß den alten, kranken und gebrechlichen Personen, die nicht sehen können, die Wahlhilfe verweigert wurde.

Immer wieder kommen Meldungen, nach denen die Blocks mit den Kandidatennamen falsch zusammengeheftet sind und Kandidaten der Einheitsliste feh-

len. Weiter wird Beschwerde darüber geführt, daß die Umschläge von Wählern der Einheitsliste durch die Wahlvorsitzenden umgekehrt in die Wahlurne geworfen werden, so daß die Stimmzettel lose in die Wahlurne fallen. Aus Wieszen wird gemeldet, daß bei einem Tumult die Wahlurne zerschlagen wurde, so daß dort nicht weitergewählt werden konnte.

Blutiger Wahlterror.

DNB **Memel**, 29. September.

Am Sonnabend ist der Memelländer Mikloweit aus Jonaten, Kreis Heydekrug, von Litauern, die in einem Postauto vorüberfuhren, auf der Straße beim Anbringen von Werbematerial für die memelländische Einheitsliste durch Messerstiche schwer verletzt worden.

Wie aus Prökuls gemeldet wird, ist es dort in der Nacht zum Sonntag zu kleinen Zusammenstößen gekommen. Etwa 20 Litauer überfielen eine Klebekolonne der Einheitspartei, die aus fünf Mann bestand und feuerten mehrere Schüsse auf sie ab, die aber niemanden verletzten. Im weiteren Verlauf der Nacht kam es dann zu einer Schlägerei, bei der die 20 Litauer mehrere Memelländer durch Schläge verletzten.

Abessinien drängt in Genf.

Es bittet um Hilfe gegen die zunehmenden aggressiven Maßnahmen Italiens.

Heute Zusammentritt des Völkerbundes?

£ **London**, 30. September.

Reuter meldet aus Addis Abeba, daß der Kaiser von Abessinien an den Präsidenten des Völkerbundsrates ein Telegramm gerichtet habe. Im Gegensatz zu anderen Meldungen aus Addis Abeba berichtet Reuter, daß in diesem Telegramm erklärt werde, daß der Kaiser eine allgemeine Mobilisierung nicht mehr länger hinauszögern könne angesichts der fortgesetzten Verstärkung der italienischen Armee in Afrika. In dem Telegramm heißt es: „Weil wir dem Frieden ergeben sind, werden wir fortfahren, mit dem Völkerbundsrat zusammenzuarbeiten in der Hoffnung, daß eine friedliche Regelung gemäß der Völkerbundssatzung erreicht wird.

Aber wir müssen die ernsteste Aufmerksamkeit des Völkerbundsrates auf die wachsende Schwere der italienischen Drohung und Aggression durch die fortgesetzte Entsendung von Verstärkungen sowie andere Vorbereitungen trotz unserer friedlichen Haltung lenken. Wir müssen den Völkerbundsrat bitten, so bald wie möglich alle Vorsichtsmaßnahmen gegen die italienische Aggression zu ergreifen, da der Zeitpunkt gekommen ist, in dem wir unsere Pflicht versäumen würden, wenn wir die allgemeine Mobilisierung noch länger hinauszögern, die uns vorschwebt.

Dies wird unsere früheren Befehle nicht ändern, wonach unsere Truppen sich in einer gewissen Entfernung von der Grenze zu halten haben, und wir erneuern unsere Versicherung, mit dem Völkerbundsrat immer zusammenzuarbeiten."

Hierzu berichtet Reuter aus Genf, daß Avenol, der Generalsekretär des Völkerbundes, dieses Telegramm erhalten habe und daß dieser nach einer Beratung mit Litwinow das Telegramm sämtlichen Mitgliedern des Völkerbundsrates zugeleitet habe.

Nach Reuter sei es wahrscheinlich, daß eine Sitzung des Völkerbundsrates am Freitag abgehalten werde. Da das Komitee der 18 tatsächlich den Völkerbundsrat darstellt (mit Ausnahme Italiens) ist es möglich, ihn in wenigen Minuten zusammenzuberufen. Minister Eden hält sich noch in der Umgebung von Genf auf. Obwohl Laval abwesend sei, würde Frankreich durch Massigli vertreten sein. In Völkerbundskreisen werde darauf hingewiesen, daß diese Entwicklung beweise, daß eine Notwendigkeit für die Entsendung von Völkerbundsbeobachtern nach Abessinien bestehe, um die Verantwortlichkeit für einen Angriffsakt festzulegen. Es handele sich um eine Frage, die noch immer von dem Komitee der 18 beraten wird.

Reuter berichtet aus Addis Abeba, daß das italienische Konsulat in Harrar geschlossen worden ist und daß man dies als ein äußerst ernstes Anzeichen in Addis Abeba ansehe.

Neue Erklärungen Mussolinis.

Italien bleibt vorerst im Völkerbund. – Bereit zu Abmachungen über die Wahrung englischer Interessen.

„Bürgerliche Mobilmachung" schon für die allernächste Zeit angeordnet.

DNB **Rom**, 29. September.

Der italienische Regierungschef hat gestern im Ministerrat wiederum über die Entwicklung und den Stand des abessinisch-italienischen Streitfalles der letzten Tage ausführlichen Bericht erstattet. Eine ausführliche amtliche Mitteilung über diesen Ministerrat faßt die Erklärungen Mussolinis zum italienisch-abessinischen Streitfall folgendermaßen zusammen:

„Alle, die guten Willens sind, haben das Recht Italiens bei der Ablehnung der Anregungen des Fünfer-Ausschusses anerkannt. Die Vorschläge haben nicht nur in keiner Weise die Notwendigkeit Italiens auf Expansion und Sicherheit Rechnung getragen, sondern vollständig alle Verträge übergangen, die zu verschiedenen Zeiten zwischen 1889 bis 1906 und bis 1925 den Vorrang der italienischen Interessen in Abessinien anerkannt haben.

Die italienische Regierung wird keine Initiative auf einem Gebiet und in einer Umwelt ergreifen, wo ihre Rechte aus vorgefaßter Meinung mißachtet werden. Andererseits hat Abessinien in den Tagen, in denen der Völkerbund sich in das formale Labyrint seiner Verfahren einkapselt, die Mobilisierung aller seiner Streitkräfte vervollständigt in der Absicht, die Grenzen der italienischen Kolonien anzugreifen. Die vom Negus nach Genf gemachte Mitteilung, den Rückzug seiner Truppen um 30 Kilometer angeordnet zu haben, kann von der italienischen Regierung und von keiner Regierung, die dieses Namens wert ist, ernst genommen werden. Diese Maßnahme hat ein strategisches und nicht ein auf die Erhaltung des Friedens gerichtetes Ziel: Die Vorbereitungen im Innern und die stärkere Befestigung der Stellungen sollen besser maskiert werden. Angesichts dieser Lage hat die Ausreise unserer Divisionen in den letzten Tagen ein beträchtlich beschleunigtes Tempo angenommen.

Der Ministerrat hat schließlich die Linien für seine Haltung in der unmittelbarsten Zukunft folgendermaßen festgelegt:

1. Italien wird den Völkerbund bis zu dem Tage nicht verlassen, an dem der Völkerbund nicht selbst in vollem Umfang die Verantwortung für „Maßnahmen" übernommen haben wird, die Italien treffen.

2. Nach Mitteilungen der herzlichen Worte der schriftlichen Botschaft von Hoare, die der englische Botschafter in Rom überreichte, erklärt der Ministerrat noch einmal, — wie bereits in Bozen — daß die Politik Italiens weder unmittelbar noch entfernt liegende Ziele verfolgt, die die Interessen Englands verletzen könnten. Die englische Regierung ist — vom 29. Januar bis heute — in der aufrichtigsten Weise von den kolonialen Zielen der italienischen Politik und von den Interessen unterrichtet worden, die sie leiten, Interessen, die in zweiseitigen Vereinbarungen von England selbst anerkannt worden sind. Das englische Volk muß über alle antifaschistischen Mystifikationen hinaus wissen, daß die italienische Regierung der englischen mitgeteilt hat, zur Verhandlung weiterer Abhandlungen bereit zu sein, die, sofern es sich um die berechtigten Interessen Englands in Ostafrika handelt, beruhigend wirken können.

3. Die faschistische Regierung erklärt in der feierlichsten Weise, daß sie alles vermeiden wird, was den italienisch-abessinischen Konflikt auf ein weiteres Gebiet ausdehnen könnte.

Vor der Aufhebung der Sitzung hat der Ministerrat den Befehlshabern und den Truppen der in Erytrea und Somali stehenden Divisionen den wärmsten Gruß und den lebhaftesten Glückwunsch entboten. Dieser Gruß gilt auch allen Soldaten Italiens, die im Mutterlande selbst zu Lande, zu Wasser und in der Luft ihren Dienst tun. Der Ministerrat lenkt ferner die dankbare Aufmerksamkeit der Nation auf die 30 000 Arbeiter, die in wenigen Monaten und unter äußerst schwierigen Umständen die Vorbereitungen des Straßennetzes in den beiden italienischen Kolonien in Ostafrika durchgeführt haben. Schließlich nimmt der Ministerrat von der Ruhe und Disziplin Kenntnis, von denen das italienische Volk in diesen Tagen Beweis ablegt, eine Haltung, die das Kennzeichen eines starken Volkes ist. Der Ministerrat stellt fest, daß ein in dieser Zeit einer wahrhaft seelischen Hochspannung des italienischen, in 13 Jahren faschistischen Regimes geformtes Volk geschlossen um die Wahrzeichen der faschistischen Revolution steht. Das wird es in der allernächsten Zeit der Welt mit einer bürgerlichen Mobilmachung zeigen, die in der Geschichte ohne Beispiel ist."

★

Die Erklärungen Mussolinis werden von der römischen Presse einstweilen nicht kommentiert. In den Ueberschriften zu dem Bericht über den Ministerrat spielt eine große Rolle die Frage eines eventuellen Austritts Italiens aus dem Völkerbund, die seit kaum 48 Stunden wie mit einem Schlage von neuem die italienische Oeffentlichkeit beschäftigt. Diese Frage scheint um so viel wichtiger, als man sich in politischen Kreisen wie auch in der Presse kaum noch irgendwelchen Illusionen über die weiteren Entschlüsse des Völkerbundes hingibt. „Tribuna" bezeichnet die Arbeiten des Dreizehner-Ausschusses heute als eine Komödie, die schlimmer als lächerlich, ja geradezu gefährlich sei. Der Völkerbund habe jetzt, so schreibt das Blatt an anderer Stelle, über sein eigenes Schicksal zu entscheiden. Das Lächerlichste aber sei, daß man glaube, Italien einschüchtern zu können.

„Es besteht nicht die mindeste Aussicht . . ."

England will keine Sonderverhandlungen.

£ **London**, 29. September.

Zu der Andeutung von italienischer Seite, daß man in Rom zu Verhandlungen mit England bereit sei, schreibt „Preß Association", die britische Regierung habe bereits vor Monaten die italienische Regierung auf die Gefahren des Kurses hingewiesen, den sie in Abessinien verfolge. Die Fortsetzung einer solchen Politik werde mit Sicherheit schwere Fragen aufwerfen. Das habe Eden seinerzeit bei seiner persönlichen Unterhaltung mit Mussolini in Rom unterstrichen. Auf die freundlichen Vorstellungen der britischen Regierung habe man seinerzeit nicht gehört und es sei augenscheinlich, daß der britische Rat auch jetzt noch keinerlei Eindruck in Italien mache. Die Bezugnahme der italienischen Verlautbarung auf die Bereitschaft, Verhandlungen mit der britischen Regierung zu führen, beziehe sich auf Erklärungen der Vergangenheit.

Die britische Regierung habe nach dem Kabinettsrat am Sonnabend keine italienische Note erhalten. Die römische Erklärung sei daher lediglich eine Wiederholung früherer Versicherungen, die keinerlei Beziehung zur gegenwärtigen Lage hätten.

Rom scheine glauben machen zu wollen, daß alle Schwierigkeiten gelöst werden würden, wenn Großbritannien bezüglich seiner „beträchtlichen Interessen in Ostafrika" zufrieden gestellt würde, sei es bevor oder nachdem Italien sich zum Herrn Abessiniens gemacht habe.

Die aufgeworfene Frage sei jedoch eine solche des Völkerbundes und keine englisch-italienische Frage. Es bestände nicht die mindeste Aussicht, daß die britische Regierung sich dazu hergebe, den Streit aus den Händen des Völkerbundes zu nehmen und ihn selbst zu behandeln. Die italienische Erklärung habe daher die diplomatische Lage in London nicht geändert. Die Ereignisse der nächsten Tage würden zeigen, daß sie auch den beabsichtigten Kurs in Genf nicht zu ändern in der Lage sei.

Die englische Antwort an Frankreich.

„Nie schwankende Treue" gegenüber dem Völkerbund, „solange er eine handlungsfähige Körperschaft bleibt".

„Die Welt bleibt nicht auf einem Fleck stehen".

£ **London**, 29. September.

Die Antwort der britischen Regierung auf den Schritt des französischen Botschafters in London wurde heute veröffentlicht. Sie besteht aus einem Brief des englischen Außenministers Sir Samuel Hoare an den französischen Botschafter, der vom 26. September datiert ist und auf die Anfrage der französischen Regierung Bezug nimmt, im Zusammenhang mit dem italienisch-abessinischen Konflikt zu erfahren, in welchem Maße Frankreich in Hinkunft auf die sofortige und effektive Anwendung aller Sühnemaßnahmen durch England rechnen könne, die Artikel 16 der Völkerbundssatzung für den Fall einer Verletzung der Völkerbundssatzung und der Anwendung von Gewalt in Europa vorsieht. Die französische Anfrage bezog sich insbesondere auf die Möglichkeit, daß ein europäischer Staat, sei es, daß er Mitglied des Völkerbundes sei oder nicht, in Europa zur Gewalt schreite.

In seinem Brief verweist Sir Samuel Hoare auf seine Ansprache auf der Völkerbundsversammlung am 11. September, in der er betonte, daß die britische Regierung, soweit es in ihrer Macht stehe, alle Verpflichtungen der Völkerbundssatzung erfüllen werde, wobei er hervorgehoben hatte, daß diese Einstellung dem dem britischen Nationalcharakter innewohnenden Idealismus entspreche.

Hoare erinnert daran, daß er im Verlauf seiner Genfer Rede bereits die Behauptung zurückgewiesen habe, daß die Haltung der britischen Regierung eine andere sein könnte als die einer nie schwankenden Treue gegenüber dem Völkerbunde. Dies entspreche nicht nur einer Grundlage ihrer auswärtigen Politik, sondern auch der öffentlichen Meinung Großbritanniens.

Anschließend an die daraus sich ergebenden Verpflichtungen betonte Hoare, daß der Völkerbund und mit ihm Großbritannien für die kollektive Aufrechterhaltung der Völkerbundssatzung in ihrer Gesamtheit eintrete.

Dies gelte besonders für einen festen und kollektiven Widerstand gegen alle Akte eines nicht provozierten Angriffs.

Hoare fährt dann wörtlich fort: „Ew. Exzellenz werden bemerken, daß meine Rede ebenso wie das vorliegende Schreiben von allen einen unprovozierten Angriff darstellenden Handlungen spricht. Jedes Wort in diesem Satz hat seine volle Bedeutung.

Es ist zugleich augenfällig, daß ein Vorgehen auf Grund von Artikel 16 der Völkerbundssatzung, das im Falle einer positiven, einen unprovozierten Angriff darstellenden Handlung geeignet wäre, nicht angewandt werden kann im Falle eines lediglich negativen Handelns in Gestalt der Nichterfüllung der Bestimmungen eines Vertrages."

In seinem Schreiben betont Sir Samuel Hoare dann weiter, daß es bei Gewalthandlungen Abstufungen der Schuld und Abstufungen des Angriffs gebe. Je nach der Eigenart des betreffenden Falles könnten daher die auf Grund von Artikel 16 zu ergreifenden Maßnahmen verschiedener Natur sein.

Diese Unterscheidungen habe die französische Regierung bereits anerkannt.

Dementsprechend müsse daran erinnert werden, daß Elastizität in bezug auf Vertragsverpflichtungen ein Teil der Sicherheit sei. Jedes Völkerbundsmitglied müsse anerkennen, was ja auch aus den Satzungen hervorgehe, daß die Welt nicht auf einem Fleck stehen bleibe.

Dem Einwand, daß die dargelegte Unterstützung der Grundsätze des Völkerbundes, die hiermit erneut bestätigt werde, nur der Politik der zurzeit am Ruder befindlichen britischen Regierung entspreche, begegnet der Staatssekretär mit dem Hinweis, daß die von ihm in Genf gesprochenen Worte die überwältigende Unterstützung und Zustimmung Großbritanniens gefunden habe. An diesen Grundsätzen werde sie festhalten, solange der Völkerbund eine handlungsfähige Körperschaft bleibt. Die britische Regierung sei der Ansicht, daß der Völkerbund als Instrument kollektiver Sicherheit sich nicht selbst leichtsinnig durch einen mangelnden Glauben an seine Ideale und durch die Verweigerung wirksamen Handelns zugunsten dieser Ideale zur Ohnmacht verurteilen dürfe.

Der Brief Sir Samuel Hoares an den französischen Botschafter schließt mit den Worten: „Aber dieser Glaube und diese Handlung müssen, wie die Sicherheit, allumfassend (kollektiv) sein. Dieser Punkt ist so entscheidend, daß ich abschließend noch einmal meine Worte in Genf zitieren möchte: „Wenn es im Interesse des Friedens möglich ist, die Gefahren auf sich zu nehmen, müssen sie von allen auf sich genommen werden." Solange der Völkerbund sich durch sein eigenes Beispiel erhält, werden meine Regierung und meine Nation voll für seine Grundsätze in ihrem gesamten Umfang einstehen."

Die Kinderbeihilfen für bedürftige kinderreiche Familien.

300 000 Kinder sollen bis Weihnachten bedacht werden.

Eine Tat sozialer Gerechtigkeit.

DNB **Berlin**, 29. Sept.

Staatssekretär Reinhardt hatte bereits in seiner Rede auf dem Kongreß des Reichsparteitages in Nürnberg eine Verordnung über die Gewährung von Kinderbeihilfen an kinderreiche Familien angekündigt. Die Verordnung lautet auf den 15. September 1935 und ist im Reichsgesetzblatt I vom 18. September 1935 S. 1160 erschienen. Sie besagt, daß aus den Mitteln, die für Gewährung von Ehestandsdarlehen zur Verfügung stehen, mit Wirkung vom 1. Oktober 1395 an auch einmalige Kinderbeihilfen an kinderreiche Familien gewährt werden können. Staatssekretär Reinhardt hat nun in einem Sonderlehrgang für Redner der NSDAP mitgeteilt, daß am Montag die Durchführungsbestimmungen zur Verordnung über die Gewährung von Kinderbeihilfen veröffentlicht werden. Er führt mit Bezug auf die Gewährung der Kinderbeihilfen u. a. aus:

Es war bereits bei der Schaffung des Gesetzes zur Förderung der Eheschließungen in Aussicht genommen, mit Wirkung vom Jahre 1939 an die Summe aller Rückflüsse aus gewährten Ehestandsdarlehen für die Gewährung von Kinderbeihilfen zu verwenden. Die Mittel, die zur Gewährung von Ehestandsdarlehen zur Verfügung stehen, ermöglichen jedoch schon jetzt, mit der Gewährung von Kinderbeihilfen an kinderreiche Familien zu beginnen.

Es kann im gegenwärtigen Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel zunächst selbstverständlich nur an die Kinderreichsten und bei diesen an die bedürftigsten gedacht werden. Eine Familie ist kinderreich, wenn sie vier oder mehr zum elterlichen Haushalt gehörige Kinder, die das 16. Lebensjahr nicht vollendet haben, umfaßt. Und eine Familie ist bedürftig, wenn der zum Unterhalt der Kinder Verpflichtete nach seinen gegenwärtigen Einkommens- und Vermögensverhältnissen nicht in der Lage ist, die Gegenstände, die zu angemessener Einrichtung des Haushaltes erforderlich sind, aus eigenen Mitteln zu beschaffen.

Die Gewährung von Kinderbeihilfe setzt außerdem voraus:

1. daß die Eltern Reichsbürger im Sinne des Reichsbürgergesetzes vom 15. September 1935 sind,
2. daß Vorleben und Leumund der Eltern einwandfrei sind,

daß Eltern und Kinder frei von vererblichen geistigen oder körperlichen Gebrechen sind. — Den Eltern und Kindern stehen Stiefeltern und Stiefkinder gleich.

Die Kinderbeihilfe beträgt, wenn die Voraussetzungen für die Gewährung gegeben sind, bis zu 100 Mark für jedes Kind, das das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet hat. Gehören beispielsweise zu einer bedürftigen kinderreichen Familie fünf Kinder unter 16 Jahren und drei Kinder über 16 Jahre, so kann eine einmalige Kinderbeihilfe im Betrag bis zu 500 Mark gewährt werden. Der Höchstbetrag der Kinderbeihilfe, die einer Familie gewährt werden kann, ist 1000 Mark.

Der Antrag auf Gewährung einer einmaligen Kinderbeihilfe ist bei der Gemeindebehörde zu stellen, in deren Bezirk der Antragsteller zur Zeit der Antragstellung seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt hat. Die Auszahlung der Kinderbeihilfe erfolgt durch die Kasse des Finanzamtes in Bedarfsdeckungsscheinen. Diese werden in Stücken von 10 und 50 Mark ausgegeben. Die Bedarfsdeckungsscheine der Kinderbeihilfen berechtigen zum Erwerb von Möbeln, Hausgerät und Wäsche in Verkaufsstellen, die zur Entgegennahme von Bedarfsdeckungsscheinen bereit und zugelassen sind. Im Reichsgebiet leben gegenwärtig rund 760 000 Familien mit vier oder mehr Kindern unter 16 Jahren und 329 000 Familien mit fünf und mehr Kindern unter 16 Jahren und etwa 200 000 Familien mit fünf und mehr Kindern unter 16 Jahren. Sollte die Zahl der Anträge in den nächsten Wochen sehr groß werden, so wird nicht allen Anträgen sofort und dem einzelnen Antrag nicht restlos entsprochen werden können. Bei der Zuteilung werden die Größe der Kinderzahl und der Grad der Bedürftigkeit berücksichtigt werden. Die Beihilfe wird jedoch in jedem Fall mindestens 50 Mark für jedes Kind betragen. Der Betrag, der an 100 Mark fehlt, kann später, sobald und soweit die Mittel es erlauben und wenn die Bedürftigkeit noch gegeben sein sollte, nachbeantragt werden.

Es wird angenommen, daß bis Weihnachten 1935 rund 50 000 Kinderbeihilfen zu durchschnittlich 400 Mark für die einzelne kinderreiche bedürftige Familie gewährt und damit rund 300 000 Kinder unter 16 Jahren bedacht werden. Weiterhin werden laufend 6000 bis 10 000 Kinderbeihilfen monatlich zu durchschnittlich 400 Mark gewährt werden können.

Die Gewährung von Kinderbeihilfen bedeutet eine neue Aufgabe für die Finanzämter. Diese wird jedoch weniger Arbeit als die Gewährung von Ehestandsdarlehen verursachen, weil es sich bei den Kinderbeihilfen nicht um Darlehen, sondern um Beihilfen handelt, und infolgedessen eine Rückzahlung nicht in Betracht kommt.

Die erste Maßnahme auf dem Wege der Herstellung eines Ausgleichs der Familienlasten war die stärkere Berücksichtigung des Familienstandes in den Steuergesetzen vom 16. Oktober 1934. Bei der Einkommensteuer wurde die Kinderermäßigung erhöht und bei der Bürgersteuer, bei der Vermögenssteuer und bei der Erbschaftssteuer wurde der Begriff der Freibeträge für Kinder neu eingeführt.

Die Gewährung von Kinderbeihilfen in dem durch die Verordnung vom 5. September 1935 ermöglichten Ausmaße ist ein weiterer Schritt auf dem Weg zur Herstellung eines Ausgleiches der Familienlasten. Die soziale Gerechtigkeit gebietet, daß im Rahmen der vorhandenen Mittel zunächst an die Kinderreichsten und bei diesen an die Bedürftigsten gedacht wird.

Weitere 10 000 Italiener nach Ostafrika.

DNB **Rom**, 29. September.

Am letzten Sonnabend verließen 10 000 Mann den Hafen von Neapel. In den frühen Morgenstunden lief die „Arabia" aus. Ihr folgte mittags der „Belvedere" mit einem Bataillon Grenadiere und Tanks. Unerwartet erschien der Kronprinz von Italien bei der Ausfahrt des Schiffes, da es sich um das Bataillon handelte, in dem er früher selbst diente. Mit 1200 Mann fuhr die „Sauro" aus. In den Nachmittagsstunden verließen „Cesarea" mit 3000 Mann und die „Lombardia" mit dem stärksten bisher auf einem Transportdampfer beförderten Truppenkontingent, nämlich 4166 Mann, den Hafen.

Auch am Sonntag traten vier Schiffe die Ausreise nach Ostafrika an.

Kleine Nachrichten.

Botschafter von Ribbentrop traf am Freitag, dem 27. September, von Berlin kommend, zu einem kurzen Aufenthalt in Brüssel ein, um die Weltausstellung zu besichtigen. Während seines Aufenthaltes hat er auch Gelegenheit genommen, dem Ministerpräsidenten van Zeeland seine Aufwartung zu machen. Herr von Ribbentrop ist am Samstagvormittag wieder nach Berlin zurückgekehrt.

Bei schönstem Sonnenschein nahm am Samstag das abessinische Maskalfest seinen Fortgang unter Ausschluß der Europäer. In dem alten Kaiserpalast Gebbi fand die Speisung von 8000 Menschen statt, während die Priester unter freiem Himmel tanzten und abessinische Reiter Schaustücke zum besten gaben.

Der schwedische Dampfer „Gerani", der am Samstag Karlskrone anlief, hatte sieben Schiffbrüchige des estländischen Motorschoners „Vilsandi" an Bord. Der Schoner war am Donnerstag in schwerem Sturm bei der Insel Gotland untergegangen. Von der Besatzung, die aus elf Mann bestand, waren vier über Bord gespült worden.

Auf der Insel Jamaika wurden durch heftige Stürme zwei Millionen Bananenbäume entwurzelt. Die Stürme werden als Vorläufer eines Wirbelsturmes angesehen, gegen den auch auf den Bahamainseln und auf Kuba bereits Vorsichtsmaßnahmen getroffen wurden.

Blick nach draußen.

Notizen aus Auslandszeitungen.

Kann jeder durch Feuer wandern?

Indische Fakire erregen häufig das Erstaunen der Europäer, indem sie mit bloßen Füßen durch Feuer oder über heiße Steine wandern. Die britische Gesellschaft für psychische Forschung, die sich zur Aufgabe gemacht hat, allen scheinbar übernatürlichen Phänomen auf den Grund zu gehen, hat dieser Tage in England selbst das Feuerwandern ausprobieren lassen. Eines ihrer bekanntesten Mitglieder, Harry Price, leugnete, wie zu erwarten war, daß eine besondere Fähigkeit zum Gehen durch Feuer notwendig sei. Er hat den Trick selbst wiederholt ausgeführt und erklärt, daß jeder Mensch ohne Schaden durch ein „Feuerbeet" gehen könne, wenn dieses nicht zu groß sei. Price hat für seine Versuche einen drei Meter langen Graben benutzt, den er mit Heu, Holz und Feueranzündern gefüllt und entzündet hat. Der Trick des Feuerwanderns besteht seiner Ansicht nach darin, daß man das Feuer erst ein wenig herunterbrennen läßt, so daß sich bereits etwas Asche gebildet hat. Beim Gehen drückt man dann durch sein Gewicht die Asche zusammen, die die Füße vor dem Feuer schützt. Zwar werden die Fußsohlen heiß, aber es bilden sich keine Brandwunden. Price macht ferner darauf aufmerksam, daß die Gewohnheit dabei sehr viel ausmacht. Menschen, die viel mit heißen Gegenständen umzugehen haben, vertragen ungeheuer starke Hitze. Indische Maschinisten stellten sich zum Beispiel mit nackten Füßen auf über hundert Grad heißen Dampfpfeifen. Price will einen Heizer gekannt haben, der sich ein Streichholz unter einen Fingernagel klemmte und abbrennen ließ, und der nicht nur keine Schmerzen hatte, sondern an dem nach dem Abbrennen nicht einmal Spuren der Hitze bemerkbar waren.

General Johnson will Geld verdienen.

General Johnson war einst, zu Beginn der Roosevelt'schen Amtszeit, Amerikas Wirtschaftsdiktator, da ihm die Verwaltung der Nation Recovery Act — NIRA — unterstand. Von diesem Posten mußte er zurücktreten, um darauf Leiter der Newyorker Arbeitslosenunterstützung zu werden. Auch von diesem Posten tritt er Mitte Oktober zurück; sein Nachfolger im Amt wird der aus Westfalen stammende Herausgeber der „New-Yorker Staatszeitung", Viktor Ridder. Als ein Reporter den General Johnson, der übrigens niemals die Generalsuniform getragen hat, fragte, was er in Zukunft zu tun gedenke, war Johnsons Antwort: „Geld verdienen!" Das wird ihm wahrscheinlich nicht schwer fallen, denn sein Hauptgönner ist der „große Mann" der Wallstreet, der Bankier Baruch, der Johnson schon vor einem Jahr oder mehr ein Monatsgehalt von einer Viertel Million Mark anbot, um ihn dazu zu bewegen, Roosevelt den Rücken zu kehren. Johnson ist übrigens ein geschickter Wirtschaftler. Während des Krieges organisierte er die amerikanische Kriegswirtschaft, und dieser Tätigkeit hat er sowohl die frühere Freundschaft mit Roosevelt und die jetzige mit Herrn Baruch zu verdanken, der an der Kriegswirtschaft 1918 nicht schlecht verdient hat.

Als Fassadenkletterer Kriese an gar nichts dachte ...

Die Polizeibehörden in ganz Europa, besonders aber jene, die schon einmal ein Gastspiel des Fassadenkletterers Alfons Kriese erlebten, werden erleichtert aufatmen, wenn sie hören, daß Kriese in Zürich endlich und wohl auch für einige Jahre hinter Gitter geraten ist. In Berlin und Düsseldorf, in Wien und Hamburg, in Bern und Prag, in Warschau und Paris hat man mit Kriese die bösesten Erfahrungen gemacht. An einigen Plätzen lernte er auch die Gefängnisse kennen. In Deutschland verbüßte er auf der Ulmer Höhe in Düsseldorf seine längste Strafe. Alfons Kriese behauptet, sein bürgerlicher Beruf sei der eines „Zauberkünstlers". Jedoch herrsche zurzeit keine sonderlich große Nachfrage auf diesem Kunstgebiet. Deshalb habe er sich in Lodz plötzlich darauf besonnen, daß er ein geradezu genialer Hungerkünstler sei und gewiß in Brüssel mit dieser Kunst viel Geld auf der Ausstellung machen könne. Nur so sei es möglich gewesen, daß er erst nach Berlin fuhr. Denn diese Stadt habe auf dem Weg nach Brüssel gelegen. Hier sei ihm aber zum Bewußtsein gekommen, daß er nicht nur aus Deutschland ausgewiesen sei, sondern auch einen sehr schlechten Paß besaß. Aus diesem letzteren Grund sei er in die Schweiz gefahren, um sich dort einen recht schönen Paß zu besorgen. Einen letzten, irgendwo auf dunkle Weise erworbenen 50-Mark-Schein habe er in der Backentasche über die Grenze gebracht. Kriese versichert nun, er sei bei der Bewunderung der Schönheiten des Züricher Sees an einer Villa vorbeigekommen, in deren erstem Stock ein Fenster offen war. Er habe nicht widerstehen können. Nach vollzogenem Fassadendiebstahl setzte er sich 40 Meter von dem Tatort entfernt auf eine Bank und machte dort Kassensturz mit der Brieftasche des Heimgesuchten. Gleichzeitig steckte er einen mächtigen, ebenfalls dort erbeuteten Brillantring an seinen Finger. Das alles beobachtete ein kräftiger schweizer Polizeibeamter, der wiederum nur 20 Schritte entfernt stand. Er nahm sich also dieses merkwürdigen Fremden mit dem Riesenbrillanten am Finger an, dem er seinen so sehr zeitgemäßen Namen zunächst nicht glauben wollte. Erst als aus den Strafregister-Auszügen die Hintergründe dieser „Krise" hervorgingen, wußte der Beamte, welch seltenen Vogel er gefangen hatte.

Das Zuchthaus für Gangsters.

In vielen amerikanischen Gefängnissen wurden bekanntlich amerikanische Schwerverbrecher nicht gerade sehr hart angefaßt. Die Bundesregierung schuf daher in der Bucht von San Franzisko, auf Alcatraz Island, ein Zuchthaus für Amerikas berüchtigste Gangsters, das im wahrsten Sinne des Wortes eine Zuchtanstalt geworden ist. Ein entlassener Sträfling berichtet darüber, wie man dort auch mit Al Capone umspringt, der einmal Amerikas öffentlicher Feind Nr. 1 gewesen war. „Auf Alcatraz Island wird man von der Hoffnungslosigkeit ergriffen", erzählte der Sträfling. „Al Capone fühlt das wie jeder andere. Auf Amerikas Tränen-Insel ist man eben als Schwerverbrecher abgestempelt. Man weiß, daß man niemals begnadigt werden kann. Und stets muß man damit rechnen, daß man eine schwere Strafe erhält, wenn man nicht entsprechend der Vorschrift vom frühen Morgen bis zur späten Nacht tiefstes Schweigen bewahrt. Dreizehn Tage lang saß ich im Speisesaal neben Al Capone, und wir konnten nicht ein Wort mit einander reden. Capone wurde drei- oder viermal in das fensterlose Strafverließ eingesperrt, das sich tief unter der Erde befindet, weil er geredet hatte. Aber Capones Lage hat sich jetzt ein wenig gebessert. Zuerst wurde er in der Wäscherei beschäftigt, jetzt darf er in der Schuhmacherei arbeiten.

Nur einmal in der Woche dürfen die Sträflinge miteinander reden, nämlich Sonnabend nachmittag von 1 bis 3,30 Uhr. Dann werden sie das einzige Mal in der Woche im Zuchthaushof spazieren geführt. Für sie gibt es keine Radios, nicht eine einzige Zeitung. Am schlimmsten ergeht es ihnen, wenn sie ihre Mahlzeiten nicht völlig aufessen. Wenn sie Speisereste auf der Platte lassen, verlieren sie eine Mahlzeit am nächsten Tage. Es genügt schon, wenn das Stückchen einer Wurstschale gefunden wird. Den Sträflingen wird für einen ganzen Tag jegliche Mahlzeit und jedes Getränk entzogen, wenn sie dreimal Speisereste übrig lassen. Niemals werden ihnen die Briefe ausgehändigt, die sie von außen erhalten. Es werden Auszüge aus ihnen gemacht, oft nur drei oder vier Zeilen, die den Sträflingen zugestellt werden."

Rhythmus der Nation.

Eine Kundgebung des Stabschefs der SA Lutze.

In der Nationalsozialistischen Parteikorrespondenz veröffentlicht der Stabschef der SA Viktor Lutze folgende Ausführungen:

„Die Tage von Nürnberg sind kaum vorüber und schon wird — ein markantes Merkmal der dynamischen Kraft der nationalsozialistischen Idee — das Erleben des Parteitages der Freiheit zur Tat. In allen Gauen, in Städten und Dörfern, auf allen Straßen Deutschlands marschiert wieder die Garde der Partei. Voran die SA., die Schutztruppe, der aktive Stoßtrupp der Bewegung. Männer aus dem Volk im Kampf für ihr Volk. Aktivisten der nationalsozialistischen Weltanschauung.

Die Fahne, der die Männer folgen, ist heute die Fahne des Reiches. Vor der Feldherrnhalle in München erhielt sie vor mehr als einem Jahrzehnt die heilige Weihe durch das Blut deutscher Kämpfer. In Sturm und Not, in Kampf und Tod wehte sie der Bewegung in Deutschlands schwerster Zeit voran. Ein Zeichen des Kampfes für die Freiheit. Am 30. Januar 1933 wurde die Sturmfahne der SA die Fahne des Sieges. Später scharte sich das Volk um sie. Heute ist sie das Banner der Nation! So, wie die Sturmfahnen der SA die Einheit von Partei, Volk und Staat symbolisch dartun, verkörpern die Männer, die hinter den Fahnen und Standarten der SA marschieren, die Gesamtheit des Volkes, den Willen der Nation!

SA marschiert! Nicht um der demonstrativen Größe einer nüchternen Zahl willen, nicht um sich selbst oder sonstwen an dem Eindruck der Masse zu berauschen, sondern um der Idee willen, die in diesen marschierenden Kolonnen ihren Ausdruck findet, die von den Männern im schlichten Braunhemd getragen wird. Der eine mag Protestant sein, der andere Katholik von denen, die da marschieren, der eine Handwerker, der andere Student, dieser Maschinenarbeiter, jener Beamter, sobald sie das Braunhemd angelegt haben, in dem Hunderte der Besten ihr Leben ließen, das von der höchsten Hingabe Tausender beredtes Zeugnis ablegt, dann sind sie weder das eine noch das andere. Dann sind sie die freiwilligen Kämpfer der Idee, die Künder der deutschen Weltanschauung, die Träger einer besseren Zukunft.

In ihrem Marschtritt liegt der Rhythmus der Nation, in ihrer Haltung der neue Lebensstil des Volkes! Ein trutziges Bekenntnis schwingt sich durch diesen Rhythmus. Ein Bekenntnis zum ewigen Jungbrunnen des Volkes: zu Blut und Boden! Das Wort Ernst Moritz Arndts findet in der Haltung der Männer seinen Niederschlag: „. . . . ein Volk zu sein, das ist die Religion unserer Zeit!" Die Idee, die zum Lebensinhalt der Nation wurde, ist die tiefste Empfindung ihrer Seele.

In der Zeit der Schmach und des Niederganges geboren, aus einer Epoche der Ehrlosigkeit und Korruption herausgewachsen, ist die SA heute ein unerschütterlicher Fels, an dem sich die Gegner aller Schattierungen den Schädel einrennen werden. Denn der Wille und der Glaube des deutschen Volkes ist bei uns, weil wir aus und bei diesem Volke sind. Weil deutsches Blut in unseren Adern fließt, weil wir von einer deutschen Mutter geboren, auf deutschem Boden aufgewachsen sind. So ist unsere Mission deshalb eine schicksalsbedingte, weil ihr die blutmäßige Berufung zugrundeliegt. So ist unser Kampf deshalb ein schicksals- und gottgewollter, weil wir ihn für die von Gott geschaffene Gemeinschaft des deutschen Volkes führen. Das ist der unerschütterliche Glaube, den uns der Führer gegeben hat, und den wir in der nationalsozialistischen Idee von Generation zu Generation zu tragen berufen sind.

Die Worte, die der Führer in der Nürnberger Luitpoldarena zu seinen SA-Männern sprach, sind uns Anerkennung und Verpflichtung. „Die SA steht!" Das ist die Antwort des Führers auf die jüdisch-bolschewistischen Drohungen, die während des Kominternkongresses in Moskau gegen das nationalsozialistische Deutschland ausposaunt wurden. Die SA steht! Das ist und wird immer die Antwort der SA sein auf alle Angriffe, die sich gegen den Führer und seine Idee, die sich gegen Deutschland richten.

Bolschewismus, Judentum, Reaktion und wie unsere Gegner immer heißen und sich nennen mögen, haben dort, wo die SA marschiert, ihre Daseinsberechtigung verloren. Sie haben dort, wo die Sturmfahnen der SA einer neuen Zeit voranflattern, nichts mehr zu suchen. Wir formen uns Deutschland ohne ihr Tun und Lassen. Wir, die politischen Soldaten, nach dem Befehl und Willen unseres Führers.

Stärker, kampfesfreudiger und mutiger denn je sind die Männer der SA von Nürnberg in ihre Heimatorte zurückgekehrt. Der Führer hat ihnen erneut das Ziel gewiesen, hat ihnen neue Kraft und neuen Willen gegeben zu ihrer Arbeit für die nationalsozialistische Idee.

Was wir erkämpften und in Zukunft erkämpfen werden, lassen wir nicht antasten. Die Weltanschauung, aus der unser Staat erstand, deren dynamische Kraft uns Freiheit und Ehre wiedergab, werden wir tragen und künden, bis auch der letzte deutsche Volksgenosse in dieser Idee lebt und für sie zu sterben bereit ist.

Das, SA-Männer, ist die Verpflichtung, die uns aus den anerkennenden Worten unseres Führers erwächst. Und wir werden diese Pflicht erfüllen unter Einsatz aller Kräfte, mit letzter und höchster Hingabe.

Der Weg, den der Führer geht, ist unser Weg. Es ist der Weg, an dessen Ende ein nationalsozialistisches Deutschland steht.

So, wie uns Nürnberg gesehen hat, braucht uns der Führer heute, morgen und an jedem Tag. Die Fahnen hoch und Tritt gefaßt. Solange wir marschieren, lebt Deutschland!

Zustellung der Gestellungsbefehle.

Die Einberufung zum aktiven Wehrdienst.

Berlin, 28. September.

Die Rekruteneinstellungen ins Heer und die Luftwaffe finden in diesem Jahre in den letzten Oktobertagen oder am 1. November statt. Die Einberufung der Rekruten erfolgt durch Gestellungsbefehle der Wehrbezirkskommandos, die den zur Einstellung Kommenden Ende September oder Anfang Oktober zugehen werden.

Von den bei der Musterung 1935 „tauglich" befundenen Dienstpflichtigen können in diesem Jahre noch nicht alle eingestellt werden, da bereits eine große Anzahl Freiwilliger angenommen ist.

Taugliche Dienstpflichtige, die in diesem Jahre nicht einberufen werden, erhalten den Ersatzreserve-I-Schein. Sie können, sofern sie bei der Musterung tauglich I und II befunden sind, in Ausnahmefällen noch im letzten Vierteljahr 1935 als Nachersatz zur Deckung von Ausfällen herangezogen werden. Im allgemeinen wird ihre Einstellung zum Dienst in der aktiven Wehrmacht im Oktober 1936 erfolgen. Bedingt Taugliche werden im Jahre 1936 zu Uebungen der Ersatzreserve herangezogen werden.

Es wird besonders darauf hingewiesen, daß weder für Freiwillige auf Grund eines ihnen übersandten vorläufigen Annahmescheines noch für bei der Musterung „tauglich" Befundene (siehe Entscheid auf dem Musterungsausweis 1935) ein Anspruch auf Einstellung gegeben ist. Erst durch Uebersendung des Gestellungsbefehles oder Ersatzreserve I-Scheines erhalten sie endgültig Bescheid, ob ihre Heranziehung zum Dienst in der aktiven Wehrmacht im Jahre 1935 erfolgt oder nicht. Vor der voreiligen Lösung eines bestehenden Arbeitsverhältnisses oder dergl. vor Eingang des Gestellungsbefehles wird deshalb gewarnt.

Bei der Musterung „tauglich" befundene Dienstpflichtige des Jahrganges 1914 (in Ostpreußen auch 1910), die am 1. November weder einen Gestellungsbefehl noch einen Ersatzreserve I-Schein erhalten haben, sind verpflichtet, sich umgehend bei ihren zuständigen Wehrbezirkskommandos schriftlich oder persönlich zu melden.

Im übrigen sind alle Anfragen bei den Wehrbezirkskommandos oder das Anbringen von Sonderwünschen über Einberufung (z. B. Einberufung zu einem anderen Truppenteil, Ueberschreibung aus der Ersatzreserve I zu sofortiger Ableistung der aktiven Dienstzeit usw.) zwecklos. Sie können nicht beantwortet werden.

Der Devisenprozeß gegen die Pallotiner.

Zuchthaus für die beiden Ordensleute.

DNB Berlin, 28. September.

Die Verhandlung im Devisenprozeß vor dem Berliner Schnellschöffengericht gegen die Angehörigen der Missionsanstalt der Pallotiner in Limburg (Lahn) wurde am Samstag fortgesetzt.

Der Staatsanwalt verwahrte sich in seiner Anklagerede gegen die Anwendung der Amnestie, da die von dem Angeklagten Seiwert erstattete Volksverratsanzeige unrichtig und unvollständig gewesen sei. Der böse Glaube des Angeklagten Seiwert ergebe sich daraus, daß er die ins Ausland verschobenen Beträge habe falsch buchen lassen. Auch der Mitangeklagte Lorenz sei von ihm in den ungesetzlichen Charakter der Devisengeschäfte eingeweiht worden. Dafür spreche, daß auch Lorenz versucht habe, durch irreführende Buchungsmanöver die Geschäfte zu verschleiern. Bei der Strafzumessung sei zu berücksichtigen, daß Seiwert die verbotenen Geschäfte durchgeführt habe, obwohl er große Erfahrung in geschäftlichen Dingen und Devisenangelegenheiten hatte. Daraus spreche ein erheblicher verbrecherischer Wille, der die Tat als eine besonders schwere im Sinne des Gesetzes erscheinen lasse. Da mildernde Umstände nicht in Frage kämen, könne nur eine Zuchthausstrafe verhängt werden. Der Fall Lorenz sei als weniger schwer anzusehen, da er sich in Abhängigkeit von seinem Vorgesetzten Seiwert befunden habe.

Im einzelnen beantragte der Staatsanwalt gegen den früheren Geschäftsführer der Missionsanstalt der Pallotiner, Johannes Seiwert, eine Gesamtstrafe von drei Jahren Zuchthaus, drei Jahren Ehrverlust und 53 000 RM Geldstrafe, sowie die Einziehung der Universumbanktaktien und der vorhandenen Obligationen, und endlich die Verhängung einer Wertersatzstrafe in Höhe von 100 000 RM unter Mithaftung der Missionsgesellschaft.

Das Urteil lautete: Der frühere Geschäftsführer der Missionsanstalt der Pallotiner, Seiwert, wird wegen fortgesetzten gemeinschaftlichen Devisenverbrechens, Devisenvergehens und Beihilfe dazu zu drei Jahren Zuchthaus, drei Jahren Ehrverlust und 53 900 RM Geldstrafe, der Mitangeklagte Heinrich Lorenz wegen fortgesetzten gemeinschaftlichen Devisenvergehens zu einem Jahr Zuchthaus und 2000 RM Geldstrafe verurteilt. Beiden Angeklagten werden je drei Monate der Untersuchungshaft angerechnet. 115 000 Gulden Obligationen und 5000 Gulden Aktien werden zugunsten des Deutschen Reiches eingezogen. Ferner wurde auf Mithaftung der Missionsgesellschaft erkannt und die außerdem verhängte Wertersatzstrafe von 75 000 RM ausgesprochen.

Wegen Mordes zum Tode verurteilt

Dnb Insterburg, 28. September.

Das Schwurgericht in Insterburg verurteilte den Martin Ennulat wegen Mordes an der Bäuerin Pötschat zum Tode und zum dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte. Ennulat hatte die Bäuerin, bei der er Getreide gestohlen hatte, und deren Aussagen wegen dieses Diebstahls ihm eine erhebliche Zuchthausstrafe eingebracht hätten, mit Rehposten und Schrotkugeln durch das geschlossene Fenster in ihrer Wohnung erschossen. Trotz seines heftigen Leugnens konnte er des Mordes überführt werden, da bei den Ermittlungen festgestellt wurde, daß die zum Morde benutzten Patronen mit Zeitungsstücken gestopft waren, die nachweislich aus dem Besitz von Ennulat stammten.

Gesetz zur Sicherung der Deutschen Evangelischen Kirche.

DNB Berlin, 28. September.

Im Reichsgesetzblatt Teil 1 Nr. 104 vom 28. September 1935 wird folgendes Gesetz zur Sicherung der Deutschen Evangelischen Kirche vom 24. September 1935 veröffentlicht:

Nach dem Willen des evangelischen Kirchenvolkes ist der Zusammenschluß der Landeskirchen zu einer Deutschen Evangelischen Kirche vollzogen und in einer Verfassung verbrieft.

Mit tiefster Besorgnis hat die Reichsregierung jedoch beobachten müssen, wie später durch den Kampf kirchlicher Gruppen untereinander und gegeneinander allgemein ein Zustand hereingebrochen worden ist, der die Einigkeit des Kirchenvolkes zerreißt, die Glaubens- und Gewissensfreiheit des einzelnen beeinträchtigt, die Volksgemeinschaft schädigt und den Bestand der Evangelischen Kirche selbst schwersten Gefahren aussetzt.

Von dem Willen durchdrungen, einer in sich geordneten Kirche möglichst bald die Regelung ihrer Angelegenheiten selbst überlassen zu können, hat die Reichsregierung ihrer Pflicht als Treuhänder gemäß und in der Erkenntnis, daß diese Aufgabe keiner der kämpfenden Gruppen überlassen werden kann, zur Sicherung des Bestandes der Deutschen Evangelischen Kirche und zur Herbeiführung einer Ordnung, die der Kirche ermöglicht, in voller Freiheit und Ruhe ihre Glaubens- und Bekenntnisfragen selbst zu regeln, das nachfolgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

Einziger Paragraph.

Der Reichsminister für die kirchlichen Angelegenheiten wird zur Wiederherstellung geordneter Zustände in der Deutschen Evangelischen Kirche und in den evangelischen Landeskirchen ermächtigt, Verordnungen mit rechtsverbindlicher Kraft zu erlassen. Die Verordnungen werden im Reichsgesetzblatt verkündet.

München, den 24. September 1935.

Der Führer und Reichskanzler Adolf Hitler.
Der Reichsminister für die kirchlichen Angelegenheiten: Kerrl.

Die Einweihung des Küstenkanals.

* Doerpen (Emsland), 28. September.

Die Einweihung der letzten Strecke des Küstenkanals, der die Ems mit der Unterweser verbindet, fand Samstag vormittag in Anwesenheit des Reichsverkehrsministers Freiherrn von Eltz-Rübenach, des Reichsstatthalters Gauleiter Karl Röver (Oldenburg), des Ministerpräsidenten Joel (Oldenburg), des Oberpräsidenten von Westfalen, Lünink, sowie von Vertretern der Wehrmacht, der beteiligten Behörden und Wirtschaftskreise, der SA, des Arbeitsdienstes und im Beisein der gesamten Belegschaft statt.

Gauleiter Röver, der als erster das Wort nahm, sprach über die Bedeutung des Küstenkanals.

Der Reichsverkehrsminister Freiherr von Eltz-Rübenach führte in seiner Rede u. a. aus: Dieser Kanal wird nicht nur durch die Schiffahrt die preußische und oldenburgische Wirtschaft stärken, sondern auch weite, seit Jahrhunderten brachliegende Moore entwässern und dadurch der Besiedlung erschließen. Wer mit offenen Augen heute an der Bereisung teilgenommen hat, wird an den verschiedenen Stellen die Höfe gesehen haben, die im Entstehen begriffen sind. Es ist eine harte Arbeit, welche hier geleistet werden muß, aber es wird ein gesundes Geschlecht sein, das hier heranwächst, ein Geschlecht, das sich von dem in mühsamer Arbeit abgerungenen Boden nicht trennen, sondern seßhaft bleiben wird, wie der Bauer hier im Oldenburgischen seinen Hof von Geschlecht zu Geschlecht vererbt hat. Der Schiffahrt und der Landeskultur soll das Wasser des Küstenkanals neue Kraft und neuen Antrieb geben. Möge sich der Kanal in seiner weiteren Entwicklung würdig einreihen als ein Baustein in dem gewaltigen Aufbauwerk Adolf Hitlers.

Der Reichsverkehrsminister schloß mit einem dreifachen Sieg-Heil auf Deutschland, das deutsche Volk und seinen Führer Adolf Hitler.

Umsturzzentrale Moskau.

DNB Moskau, 29. Sept.

In der Freitagsitzung des 6. Weltkongresses der Kommunistischen Jugend-Internationale trat der tschechische Kommunist Wolf Michal als Redner auf. Er berichtete über die Arbeit der Jugend-Internationale und ihre Einheitsfrontbestrebungen. Er schlug u. a. vor, in den großen nationalen Jugend- und Sportverbänden Deutschlands, Italiens und Polens eine intensive Umsturzpropaganda zu entfalten. Die Jungkommunisten müßten in diese Organisation eindringen und unter den Arbeitslosen auf jede Weise gegen den Faschismus arbeiten.

Wie man sieht, schließt sich dieser kommunistische Jugendkongreß würdig an den 7. Kongreß der Komintern an, dessen Weltrevolutionsdrohungen die Welt aufhorchen ließen.

Franke gesteht den Aschaffenburger Bilderdiebstahl.

DNB Aschaffenburg, 28. Sept.

Der von der Großen Strafkammer des Landgerichts Aschaffenburg wegen fortgesetzten Verbrechens der Hehlerei im Rückfall zu acht Jahren Zuchthaus verurteilte Walter Robert Franke hat das Geständnis abgelegt, daß der Einbruchsdiebstahl im Aschaffenburger Schloß in der Nacht zum 22. Juni 1932 von ihm allein ausgeführt wurde.

Hauptschriftleiter und verantwortlich für Politik: Dr. Georg Heider, Münster i. Westf.; verantwortlich für Münster und das Münsterland: Fritz Rediger, Münster i. Westf.; für Westdeutschland: Otto Heinz Tebbe; für Feuilleton: Peter Schlauß; für Handel und Sport: Dr. Anton Henkel, sämtlich in Dortmund; Berliner Redaktion: Dr. Ernst Häfner, Berlin-Lichterfelde; für den Zeno-Anzeigenteil: Verlagsleiter Dr. Erich Altmeppen, Münster i. W. Druck: Zeno G. m. b. H., Münster i. Westf.

Zur Zeit gültiger Anzeigen-Tarif für die Zeno-Gesamtauflage Nr. 8 vom 10. 9. 35.

Durchschnittsauflage VIII. 1935:

Zeno-Zeitung insgesamt 40 496,

enthaltend: Ahlener Volkszeitung, Ahlen, 2927; — Allgemeine Zeitung, Coesfeld, 5335; — Borkener Zeitung, Borken, 3053; — Bürgerblatt, Emmerich, 1747; — Dülmener Zeitung, Dülmen, 1819; — Halterner Zeitung, Haltern, 1742; — Kreiszeitung, Ahaus, 3090; — Münsterländische Volkszeitung, Rheine, 4162; — Emsländische Tageszeitung (Lingen, Papenburg), Rheine, 1502; — Neuer Emsbote, Warendorf, 2404; — Tageblatt, Ochtrup, 1647; — Volksblatt, Bocholt, 6065; — Volksblatt, Wesel, 916; — Volkszeitung, Emsdetten, 2173; — Volkszeitung, Dorsten, 1914.

Stadt Bocholt.

Montag, den 30. September 1935.

Auf zum Bückeberg!

a. Es wird nochmals daran erinnert, daß die Meldungen zur Teilnahme an der Fahrt zum Erntedankfest auf dem Bückeberg schnellstens vorzunehmen sind. Die Fahrt geht am 5. Oktober 20,25 Uhr ab Bocholt, 21,02 Uhr ab Borken nach Hervest-Dorsten, wo um 21,51 Uhr ein Sonderzug die Teilnehmer zum Bückeberg bringt. Die gesamte Fahrt kostet 1 Rpf. je Kilometer.

Mustergültig für ganz Deutschland.

Die Bocholter Kriegsopferversorgung.

§ Auf der am Samstagabend stattgefundenen Versammlung der Ortsgruppe Bocholt der NSKOV., über die wir an anderer Stelle berichten, hielt Oberbürgermeister Irrgang das Hauptreferat, in dem er u. a. mitteilte, daß in der vergangenen Woche ein Beauftragter des Rechnungshofes zu Potsdam die Abteilung der Bocholter Stadtverwaltung kontrolliert habe, die die Kriegsopferangelegenheiten zu bearbeiten hat. Der Beauftragte des Rechnungshofes hat sich nach Beendigung der Prüfung dem Oberbürgermeister gegenüber außerordentlich zufriedenstellend über die hier geleistete Arbeit geäußert. U. a. erklärte der Beamte, er habe in all den Jahren, in denen er diese Prüfungen vornehme, eine so mustergültige Arbeit noch nicht gefunden. Diese Arbeit sei geradezu vorbildlich für das gesamte deutsche Reichsgebiet. Gewiß eine Anerkennung, auf die unsere Stadtverwaltung nicht wenig stolz sein kann, die anderseits aber auch den Kriegsopfern zeigt, daß man sich gerade für ihre Belange nach Kräften einsetzt.

70 Jahre Kolpingschor.

Liederabend und Konzert im Gesellenhaus.

§ Der Kolpingschor Bocholt, der sich rühmen darf, der älteste Gesangverein der Stadt Bocholt und der zweitälteste des Sängerkreises Westmünsterland im DSB zu sein, feierte am Samstag und Sonntag sein 70 Gründungsfest. Der Samstagabend vereinte die Kolpingsfamilie mit den Ehrengästen zu einem Liederabend, der durch das Hausorchester mit einer Ouvertüre von Mozart eingeleitet wurde. Nach herzlichen Begrüßungsworten des Leiters der Gesangabteilung warf der Senior Hermann Schepers einen kurzen Rückblick auf die Geschichte des Kolpingschors, aus der vor allem hervorging, daß der Chor von jeher das deutsche Volkslied gepflegt hat. Weiter ist bemerkenswert, daß der Chor bereits im Jahre 1908 dem Westfälischen und damit dem Deutschen Sängerbund beigetreten ist. Während seiner Ansprache gedachte der Senior auch der gefallenen Helden in gebührender Weise. Bei den nun folgenden gesanglichen Darbietungen offenbarte der Jubelchor reifes Können, das er vor allem seinem Chorleiter, Musiklehrer Welchering, verdankt. Die Darbietungen, besonders Beethovens „Ehre Gottes in der Natur", fanden starken Beifall.

Der Sonntag wurde nach altem, gutem Brauch mit einem feierlichen Gottesdienst in St. Georg für die verstorbenen Leiter und Mitglieder des Chors eingeleitet. Nachmittags fand ein Konzert statt, an dem außer dem Jubelchor der Kirchenchor St. Georg, der Männergesangverein Bocholt und der MGV. „Sängerbund" mitwirkten. Die gebotenen Gesänge, wie „Die Nacht", „Nachtgesang im Walde" (mit Klavierbegleitung), „Am Brunnen vor dem Tore", alle von Schubert, dann der machtvolle Chor „Vor Jena" von Stade sowie „Elsula" von Dité und „Uebermut" von Wohlgemuth fanden dankbare und beifallfreudige Zuhörer. Das Jubelfest, das äußerlich zwar schlicht, innerlich aber gehaltvoll sich gestaltete, klang mit einem gemütlichen Familienabend aus.

Brand in einer Fabrik.

Nur geringer Sachschaden.

! In der Rauherei einer hiesigen Firma entstand am Samstagnachmittag ein kleiner Brand. Ein Klempner war mit Reparaturarbeiten beschäftigt. Durch die dabei gebrauchte Lötlampe geriet ein hinter einer Rauhmaschine liegender Haufen Rauhabfall in Flammen, die sofort auch auf in der Nähe liegende Ware übergriffen. Ehe sie aber weiteres Unheil anrichten konnten, wurde der Brand mit Handfeuerlöschapparaten gelöscht, so daß nur ein geringer Sachschaden entstand.

Für einen Pfennig nach dem Bückeberg.
Meldet euch zu den Sonderzügen.

Der Oberbürgermeister bei den Kriegsopfern

Pflichtversammlung der Ortsgruppe Bocholt der NSKOV.

§ **Bocholt**, 30. September.

Am Samstagabend fand im „Großen Kurfürsten" die Monatspflichtversammlung der Ortsgruppe Bocholt der NSKOV. statt, die diesmal dadurch eine besondere Note erhielt, daß Oberbürgermeister Irrgang den Ehrenbürgern des Staates einen Besuch abstattete und in längeren Ausführungen zu ihnen sprach. Nach einem Musikstück des HJ.-Orchesters, das unter Leitung des Oberschullehrers Spickermann zur Ausgestaltung des Abends beitrug, und dem Einzug der Ortsgruppenfahne, eröffnete Kamerad Wissing die Versammlung, worauf Kamerad Schneider die Erschienenen, besonders den Oberbürgermeister, Gauamtsleiter Eggers sowie die Ortsgruppenleiter der NSDAP. begrüßte. Dann erhoben sich die Anwesenden und reckten den rechten Arm zur Ehrung der gefallenen Kameraden, während das Orchester das Lied vom guten Kameraden verhalten intonierte. Frau Lohweg sprach einen gehaltvollen Prolog „Musketier und Feldmarschall", der viel Beifall fand. Nachdem Kamerad Schneider noch einige geschäftliche Mitteilungen gemacht hatte, nahm

Oberbürgermeister Irrgang,

von der Versammlung mit lebhaftem Händeklatschen begrüßt, das Wort zu einer längeren Ansprache, in der er als Nationalsozialist zu den Vorgängen im heutigen Staat Stellung nahm. Einleitend legte er u. a. dar, daß in den letzten zwei Jahren in der Hauptsache sozusagen Aufräumungsarbeiten geleistet worden seien, man habe zunächst einmal die Grundlage schaffen müssen, auf dem das neue Deutschland nach dem Zusammenbruch wieder habe aufgebaut werden müssen. Zunächst habe der Bauernstand als der Urstand des Volkes die Segnungen des neuen Reiches erfahren Die anderen Stände müßten so lange warten, bis auch sie an die Reihe kämen. Nicht das Materielle sei für die Erhaltung eines Staates das Entscheidende, sondern Ehre und Freiheit, die der Führer uns wiedergegeben habe. Denn auf die Dauer könne ein Volk nur bestehen, wenn es neben dem Pflug das Schwert in der Hand halte. Jetzt gelte es, alle Kräfte anzuspannen, um dem Führer die Möglichkeit zu geben, sein Ziel restlos zu erreichen. Auch die Forderungen der Kriegsopfer seien früher zum größten Teil nicht materieller Art gewesen. Sie hätten zunächst gekämpft um ihre

Anerkennung als vorberechtigte Volksgenossen.

Diese Forderung sei heute hundertprozentig erfüllt. Vor allem bei unserer Jugend herrsche heute jener Respekt vor den Frontsoldaten, der ihnen gebühre. Aus dieser Einstellung werde die Lösung der materiellen Fragen kommen, die natürlich abhängig sei von der materiellen Lage des Staates. Um aber die notwendigen materiellen Grundlagen zu schaffen, müßten erst die Schäden der Vergangenheit wieder gut gemacht werden. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen kam der Oberbürgermeister auf

die Aenderung der Reichsfahne

zu sprechen. Es sei keine Ueberhebung gewesen, wenn man die schwarzweißrote Fahne als Fahne des neuen Deutschland ablehne. Diese Fahne sei der Ausdruck einer großen Vergangenheit, aber das neue Deutschland sei nicht von der schwarzweißroten Fahne, sondern von der Hakenkreuzfahne erobert worden. Ebenso wie man die guten Ideen des alten Bismarckschen Deutschland mit ins neue Reich übernommen habe, so habe man auch die Farben schwarz, weiß und rot, wenn auch in anderer Form, in der neuen Reichsfahne beibehalten.

Dann ging der Redner kurz auf die letzte Reichstagssitzung in Nürnberg, an der er selbst als Abgeordneter teilgenommen hat, ein. Er beleuchtete das Gesetz zur Regelung der Judenfrage, wobei er das Rasseproblem anschnitt, dessen Erkenntnis von ungeheurer Bedeutung sei. Der Führer habe während des Kampfes um Freiheit und Ehre bereits den Kampf für Arbeit und Brot mit größtem Erfolg begonnen. Auch für die Kriegsopfer sei schon vieles geschehen. Heute gebe es nur noch eine Kriegsopferorganisation, und diese dringe in ihren Führern bis oben durch. An der Spitze dieser Bewegung ständen die besten Männer mit, die den Wünschen der Kriegsopfer Gehör verschaffen, soweit die Möglichkeiten hierzu gegeben seien. In diesem Zusammenhang streifte der Redner das Verhältnis der Volksgenossen zum Beamten, das viele mißverständen. Die Beamten hätten keine andere Aufgabe, als die Gesetze auszuführen; sie verwalteten öffentliche Gelder, mit denen sie sparsamer umgehen müßten als mit ihren eigenen. Die Beamten seien nichts anderes als die ausführenden Organe Adolf Hitlers. Wenn auch in der Bocholter Verwaltung manche Beamte ihre Pflicht noch nicht ganz im nationalsozialistischen Sinne täten, so möge man bedenken, daß sie noch in den Nationalsozialismus hineinwachsen müßten.

Gleichwohl aber sei auch in Bocholt seit der Machtübernahme eine grundlegende Wandlung in der Behandlung der Kriegsopfer usw. geschehen. So seien in den letzten zwei Jahren 55 Schwerkriegsbeschädigte, 12 Schwerunfallbeschädigte, 21 Schwererwerbsbeschränkte, 33 Leichtbeschädigte und 11 Kriegerwaisen in Arbeit gebracht worden. Insgesamt seien in dieser kurzen Zeit 110 Kriegsverletzte gegenüber 25 Kriegsverletzten in den 15 Jahren vorher untergebracht worden.

Die Beamten seien damals in ihrer Arbeit behindert worden durch die ganze Einstellung des damaligen Deutschland, das nur die materielle Frage und nicht die Delle gesehen habe. Aber auch heute müsse auf diesem Gebiet noch viel Aufklärungsarbeit geleistet werden. Mit Genugtuung konnte der Oberbürgermeister hier die Mitteilung machen, daß in der vergangenen Woche ein Beauftragter des Rechnungshofes in Potsdam sich äußerst lobend über die Bearbeitung der Kriegsopferangelegenheiten bei der Bocholter Stadtverwaltung geäußert hat. (Man lese hierüber an anderer Stelle). Wenn aber einzelne Kriegsopfer damit noch nicht zufrieden seien, dann mögen sie bedenken, daß Adolf Hitler in seinem Kampf nichts vergessen werde von dem, was er sich als Ziel gesteckt habe.

Darum, so sagte der Redner zum Schluß, bewahret euren Führern die Treue, die nichts für sich wollen, sondern nur für euch kämpfen! Wenn wir für die Rechte der Kriegsopfer und Kriegshinterbliebenen kämpfen, dann kämpfen wir für das neue Deutschland. Ein Volk, das die Dankbarkeit vergessen hätte, wäre reif zum Untergang. Da wir aber nicht dem Untergang zusteuern wollen, müssen wir alles tun, um den treuesten Söhnen des Volkes zu ihrem Recht zu verhelfen.

Der Oberbürgermeister fand für seine zündenden Ausführungen starken Beifall. Nach einer kurzen Pause wandte sich Gauamtsleiter Eggers in einer Ansprache an die Versammlung, in der er, der demnächst anderweitig Verwendung finden wird, sich von den Kameraden verabschiedete, sie bittend, seinem Nachfolger die gleiche Treue wie ihm selbst zu erweisen. Nach einem kurzen Schlußwort brachte Kamerad Schneider ein Siegheil auf den Führer aus, worauf die Versammlung mit dem Gesang der nationalen Lieder ausklang.

Das modernste Trockenmilchwerk Deutschlands.

Festtag in der Rheder Molkerei – Einweihung der Trockenmilchanlage

k. **Rhede**, 28. September.

Der letzte Samstag wird mit goldenen Lettern in den Annalen der Rheder Molkereigenossenschaft vermerkt werden, galt es doch, das neue und moderne Trockenmilchwerk, das in den letzten Monaten errichtet wurde, seiner Bestimmung zu übergeben. Von jeher trug die Molkereigenossenschaft Rhede dem fortschrittlichen Geist unserer Zeit Rechnung und gestaltete durch die Anschaffung neuester Maschinen ihren Betrieb zu einem der modernsten und leistungsfähigsten in der näheren und weiteren Umgebung. Infolge der gesteigerten Milchanlieferung in den letzten Jahren mußten neue Absatzquellen gefunden werden, da man die angelieferte Milch nicht restlos als Frischmilch in den Verkehr bringen konnte. Aus diesem Gesichtspunkte heraus faßte man den Plan zur Schaffung eines Trockenmilchwerkes. Kühn schritt man zur Verwirklichung der Tat und hatte bald ein allerdings primitives Trockenmilchwerk errichtet. Diese Anlage reichte aber in den letzten Jahren nicht mehr dazu aus, die gesteigerten Ansprüche, die in dieser Beziehung an das Werk gestellt wurden, zu befriedigen. Wollte man konkurrenzfähig bleiben, dann blieb nur eins übrig:

die Schaffung einer modernen Trockenmilchanlage.

Dank der unermüdlichen Initiative der Leitung der Genossenschaft wurde dann in diesem Jahre mit der Errichtung des neuen Trockenmilchwerkes begonnen. Viele Volksgenossen fanden hierdurch Arbeit und Brot und damit hat die Rheder Molkereigenossenschaft wertvolle Mitarbeit am Aufbau unserer deutschen Wirtschaft geleistet.

Die Inbetriebnahme des neuen Werkes erfolgte im Rahmen eines Festaktes am vergangenen Samstag. Zahlreiche Ehrengäste waren der Einladung gefolgt. Der Eingang zur neuen Anlage, die gegenüber dem eigentlichen Molkereibetrieb liegt und einen schmucken Anblick bietet, war aus Anlaß der Feier sinnreich geschmückt. Innerhalb des neuen Betriebes fand

ein Festakt

statt. Zunächst ergriff der Ortsbauernführer aus Büngern und der Vorsitzende der Molkereigenossenschaft Rhede,

Pg. Rölfing-Bösing,

das Wort. Nachdem er die zahlreichen Ehrengäste, u. a. Pg. Bertram als Vertreter der wirtschaftlichen Vereinigung der Dauermilcherzeuger Berlin, Landesabteilungsleiter der Abtlg. II Pg. Dunkel (Münster), den Vertreter des Rheinisch-Westfälischen Milchwirtschaftsverbandes Herrn Berkel, Kreisbauernführer Pg. Bösing und Stabsleiter Otte, Kreisleiter der DAF Pg. Möwius sowie die Vertreter der Molkereigenossenschaften des Kreises Borken-Bocholt und Landwirtschaftsdirektor Jasper sowie Amtsbürgermeister Dörner, begrüßt hatte, führte er aus: Wenn wir heute unser neues Werk seiner Bestimmung übergeben, so ist es einmal interessant einen Rückblick auf die Vorgeschichte zu werfen, die für den Neubau der Anlage ausschlaggebend war. In den letzten Jahren stieg die Anlieferung der Milch, während der Absatz der Frischmilch zurück ging. Dadurch mußten Mittel und Wege gefunden werden, um hier einen Ausgleich zu schaffen durch die Herstellung anderer Milcherzeugnisse. So kam man auf die Idee der Errichtung eines Trockenmilchwerkes im Jahre 1930. Zwar klappte die Sache auf den ersten Anhieb nicht gleich störungslos, aber durch die Erschließung neuer großer Absatzgebiete und durch die erfolgte Marktregelung war ein ersprießliches Arbeiten ermöglicht. Man sah sich dann vor die Tatsache gestellt, daß die alte Anlage den gestellten hohen Qualitätsansprüchen nicht mehr genügte. Um aber konkurrenzfähig zu bleiben, war die Neuschaffung der Trockenmilchanlage zu einem dringendem Bedürfnis geworden.

Kreisbauernführer Pg. Bösing (Heiden)

das Wort, der etwa folgendes ausführte: Als vor zwei Jahren die große Reorganisation im Genossenschaftswesen einsetzte, herrschten auch in der Rheder Molkerei nicht gerade ideale Zustände. Jedoch zeigte sich auch hier wie allüberall nach der Machtübernahme des Führers ein neues und reges Genossenschaftsleben. Die Kurve ging aufwärts, und so kann man dieses neu geschaffene Werk als einen Ausdruck des tiefen landwirtschaftlichen und bäuerlichen Lebenswillens betrachten. Durch dieses Werk soll auch den gesteigerten Ansprüchen Genüge geleistet werden.

Allein im vergangenen Jahre wurden im Kreise Borken 70 Millionen Liter Milch erzeugt,

und die Produktion ist in diesem Jahre entgegen allen von Meckerern und Miesmachern ausgestreuten Gerüchten um 1 Millionen Liter gestiegen. Diese Steigerung ist aber nicht schematisch erzeugt, sondern durch eine restlose Ausnutzung aller Möglichkeiten und durch eine vorbildliche Arbeit des Bauern ermöglicht worden. Der Erfolg der großen Erzeugungsschlacht zeigt sich gerade auch in der Milchproduktion; denn hier ist eine Ertragssteigerung von rund 10 Prozent klar ersichtlich. Zu erhoffen ist auch, daß in Zukunft durch die vorgesetzten Stellen die Kontigentierung auf dem Milchmarkt so vorgenommen wird, daß auch im Kreise Borken-Bocholt restlose Zufriedenheit herrscht.

Der Vorsitzende Rölfing-Bösing nahm hierauf nochmals das Wort, um den Rednern den Dank für die Worte und Anregungen auszusprechen. Das neue Werk solle im Sinne unseres Führers arbeiten, und wenn man jetzt endgültig die neue Anlage ihrer Bestimmung übergebe, dann sei es doch besonders für den einzigen noch lebenden Mitgründer und jetzigen Ehrenvorsitzenden der Molkerei Schüling (Vardingholt), der auch an dieser Feier teilnahm, ein stolzes Gefühl, dieses neue Werk zu bewundern. Mit einem Siegheil auf den Führer und Kanzler des deutschen Volkes schloß der Vorsitzende den kurzen Festakt und übergab damit die neue Anlage ihrer endgültigen Bestimmung.

Anschließend nahmen die Ehrengäste eine eingehende Besichtigung der Anlage vor, über die sich alle recht lobend aussprachen. Ein gemeinsames Mittagessen vereinte hierauf die Gäste nochmals im Lokale Rößing. Hierbei ergriff zunächst

Bürgermeister Dörner

das Wort, um im Namen der Gemeinde und des Amtes der Molkereigenossenschaft die herzlichsten Glückwünsche anläßlich der Inbetriebnahme der Anlage auszusprechen. Er hoffe, daß diese neue Anlage nicht die letzte sei, sondern nur ein Glied in der weiteren Aufwärtsentwickelung der Landwirtschaft, der Gemeinde und der Molkereigenossenschaft. Der gesunde Geist, der bisher in der Genossenschaft geherrscht habe, solle auch für die Zukunft richtungweisend sein; in diesem Sinne wünsche er dem neuen Werk und der Genossenschaft recht viel Erfolg. Er beschloß seine Ausführungen mit einem Toast auf die vorbildlich arbeitende Leitung der Rheder Molkerei. Pg. Rölfing-Bösing dankte nochmals allen, die mitgeholfen hätten, das neue Werk erstehen zu lassen, worauf der Vertreter des Rheinisch-Westfälischen Milchwirtschaftsverbandes und der Abteilungsleiter der Abteilung II der Landesbauernschaft Westfalen Pg. Dunkel die Grüße und Glückwünsche ihrer Organisationen überbrachten.

Hierauf fand nochmals eine Besichtigung des nunmehr in Betrieb befindlichen neuen Trockenmilchwerkes statt.

Feierstunde in der Kiekheide

Oberbürgermeister Irrgang übergibt die Siedlung ihrer Bestimmung. — Pflanzung einer Dorflinde.

§ **Bocholt**, 29. September.

Am vergangenen Samstag erhielt die jetzt endgültig fertig gestellte Stadtrandsiedlung in der sogenannten „Kiekheide" ihre Weihe. Diese schmucke und idyllisch gelegene neue Siedlung umfaßt 10 Doppelwohnhäuser und wird in Zukunft 20 Familien eine schöne Heimstatt sein. Dank der vorbildlichen Zusammenarbeit zwischen der Stadtverwaltung und der Stadtgruppe der Kleinsiedler und Kleingärtner e. V. Bocholt konnte die Siedlung errichtet und ihrer Bestimmung übergeben werden. Das Siedlungswerk des deutschen Volkes, das erst durch die unermüdliche Initiative der Regierung des neuen Deutschlands eine tatkräftige und segensreiche Förderung erfuhr, ist somit auch in Bocholt von Erfolg gekrönt, und man wird nichts unversucht lassen, um in absehbarer Zeit weitere Stadtrandsiedlungen zu errichten.

Der Tag der Einweihung der neuen Siedlung war ein besonderer Festtag nicht nur für die Siedler selbst, sondern auch für die ganze Stadtgruppe der Kleinsiedler und Kleingärtner. Daß die maßgebenden Stellen die Arbeit der Stadtgruppe zu würdigen wissen, bewies die Teilnahme vieler Ehrengäste, an deren Spitze man Oberbürgermeister Irrgang bemerkte, der es sich nicht nehmen ließ, mit einer kernigen Ansprache die neue Siedlung zu weihen und die Pflanzung einer Dorflinde vorzunehmen.

Herrliches Wetter war den Siedlern an ihrem Festtag beschert; denn als man sich zum Abmarsch zur Siedlung Kiekheide formierte, lachte schönster Sonnenschein. Mit klingenden Spiel zog man zum neuen „Dörfchen", wo man auf dem freien Platz Aufstellung nahm.

Stadtgruppenführer Heister

eröffnete die Feierstunde mit einer Ansprache, in der er zunächst die Erschienenen, besonders Oberbürgermeister Irrgang und Bürgermeister Dörner (Rhede), willkommen hieß. Dann legte er dar, daß unter Mitwirkung der Westfälischen Heimstätten-Gesellschaft hier in einer neuen Siedlung, eine Dorfgemeinschaft von ganz besonderem Reiz, erstanden sei. Harte Arbeit habe es zwar gekostet, aus den rd. 300 Bewerbungen um eine Siedlerstelle die würdigsten herauszufinden, aber schließlich seien aus den Kreisen der Kämpfer aus dem großen Kriege und der um die Freiheit des deutschen Volkes, nicht zuletzt auch der Kinderreichen, die gefunden worden, die einen Anspruch auf eine Siedlerstelle erheben konnten. Aus wüstem Sande sei nun hier fruchtbarer Boden geworden. Schwerer aber als die Bearbeitung des Bodens sei die Ueberwindung der Widerstände anderer Art gewesen, nicht zuletzt der Einwände der zahlreich auftretenden Miesmacher. Altem Brauche gemäß werde nun am Eingang des kleinen Dorfes eine Linde gepflanzt. Wie die Linde mit dem Boden, so mögen die zukünftigen Siedler mit ihrem Stücken Heimaterde verwachsen sein.

Oberbürgermeister Irrgang

wies darauf hin, daß für die, die jetzt hier ihr neues Heim aufschlagen, ein neuer Lebensabschnitt beginne. Diese Stunde sei nicht nur für die Stadtverwaltung, sondern für jeden Nationalsozialisten ein erfreuliches Ereignis, wenn hier aus kleinsten Anfängen und Vertrauen auf eigene Kraft ein solches Werk erstehe. In dem Elend der letzten 10 Jahre habe jeder sein Heil vom Staate oder vom Rathaus erwartet, und daher sei die große Hoffnungslosigkeit gekommen. Adolf Hitler habe das Vertrauen wiedergegeben als Geschenk, an dem nun ein jeder selbst mitarbeiten müsse. Hier seien nun die Volksgenossen in Zukunft auf Gedeih und Verderb miteinander verbunden. Aber über die dörfliche Gemeinschaft hinaus seien sie verpflichtet, der Gemeinschaft des großen deutschen Vaterlandes. Hier hätten 20 Familien nicht nur eine Wohnung, sondern ein Heim gefunden in besonders enger Verbindung mit der Scholle, die je jedes Deutschen, besonders jedes Westfalen besonderes Charaktermerkmal sei.

Der Oberbürgermeister pflanzte dann die Dorflinde, wobei er der Hoffnung Ausdruck gab, daß sie später ihre Aeste ausbreiten möge über ein glücklicheres Geschlecht. In dem Schatten ihrer Krone mögen die Kinder spielen, die dann eingedenk sein mögen der Tatsache, daß ein hartes Geschlecht hier neues Leben schuf in einer großen Zeit unter einem großen Führer der Nation.

Stadtgruppenführer Heister sprach ein kurzes Schlußwort. Das Deutschland- und das Horst-Wessel-Lied erklangen, nachdem ein Siegheil auf den Führer freudigen Widerhall gefunden hatte.

Man zog nun zum nahen Anwesen des Bauern Knuf, allwo die Frauen und Kinder der Siedler warteten und bald ein frohes und freudiges Leben bei Musik und Spielen und Tanz einsetzte.

Sport vom Sonntag.

Olympia schlägt Rot-Weiß Dorsten 3:1.

Haltern liegt sicher über Kirchhellen. — Ueberraschung des Sonntags: Holsterhausen-Westerholt 12:1!

Wenige Ereignisse von Belang brachte der gestrige Sonntag im Fußballsport. Nur insgesamt 6 Mannschaften in der ersten Kreisklasse kämpften um die wichtigen Meisterschaftspunkte, während in der zweiten Kreisklasse eine Pause eingelegt wurde. Der „Schlager" des Programms war die Begegnung Olympia — Rot-Weiß Dorsten. Die Bocholter siegten nach einer schwachen Leistung erwartungsgemäß sicher über den noch schwächeren Partner mit 3:1. Haltern 26 siegte 5:1 über Kirchhellen. Die größte Ueberraschung war aber in Holsterhausen fällig; denn dort wurde Viktoria Westerholt katastrophal mit 12:1 geschlagen.

Soweit die Meisterschaftsspiele der ersten Kreisklasse. Die Spiele hatten alle unter dem bei Spielbeginn einsetzenden Regen und Sturm zu leiden und brachten hierdurch auch keine besonderen guten Leistungen auf den Spielfeldern.

Das einzige Gesellschaftstreffen

hier am Ort fiel sozusagen „ins Wasser". Zwar probierten es die beiden Mannschaften vom Bocholter Sportklub und vom Hilfswerk NW. in dem Sturm und Regen einmal 45 Minuten. Vernünftiger Weise wurde dann das Spiel beim Seitenwechsel mit dem unentschiedenen 1:1 abgeblasen.

Werbt für Eure Heimatzeitung!

Fahre am Dienstag, 1. Okt., nach

Neviges,

habe noch einige Plätze frei.

Th. Albers, Rhede, Tel. 58